

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

284 (6.12.1932)

Tagesschau

Leon Blum hat sich scharf gegen den französischen Konstruktionsplan ausgesprochen, da er keine effektive Mäßigungsmaßnahme zur Folge habe.

Nach einer Schanghai Meldung des „Zeit Parisien“ sehen die Japaner ihren Vormarsch in der Nordwest-Mandschurei fort.

Paris, 5. Dez. (Eig. Draht.) Je näher der Fälligkeitstermin für die Schuldzahlung an Amerika rückt, desto heftiger wird in der französischen Presse die Campagne zugunsten einer Zahlungsverweigerung. Die Regierung verzicht dagegen, wie sie jetzt klar herausstellt, eine andere Ansicht. Sie will dem Beispiel Englands folgen und die Schuldentrate in irgend einer Form bezahlen, um sich nicht dem Vorwurf des Vertragsbruchs auszuliefern.

Washington, 5. Dez. Der tschechoslowakische Gesandte überreichte heute dem Staatsdepartement eine Note, in der um Rückzahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldzahlung ersucht wird.

Genève, 5. Dez. Wie Havas aus La Paz berichtet, wird der deutsche General Kundt dort am heutigen Montag in Bolivien erwartet.

Brüssel, 5. Dez. Leo Trotski ist gestern Abend mit seiner Frau an Bord des Dampfers „Bernstorff“ in Antwerpen eingetroffen. Er darf das Schiff nicht verlassen. Der Zugang zum Kai ist gesperrt. Nachmittags wird Trotski die Welle nach Dänkirchen fortsetzen.

Washington, 5. Dez. Das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses, E. Connor, brachte eine Vorlage ein, durch die der Verkauf von 3 Prozentigen Bonds gestoppt werden soll.

Washington, 5. Dez. Der Bundeskongress wurde heute Mittag 12 Uhr in beiden Häusern feierlich eröffnet. — Die Hungerdemonstrationen werden am Außenrande der Stadt in Konzentrationen untergebracht.

Durch einen besonderen Erlass Stalins ist der gesamten Landwirtschaft in den Gebieten von Moskau und der Tatarenrepublik die Erlaubnis zum freien Getreidehandel erteilt worden. Dieser ausserordentliche Schritt wird damit begründet, daß die in Frage kommende Landwirtschaft das vorgeschriebene Getreide pünktlich an die Regierung abgeliefert habe. Da im freien Handel für Getreide Spekulationsgewinne erzielt werden, bedeutet die von Stalin beschlossene Durchbrechung der Sozialisierung der Landwirtschaft eine beträchtliche Subvention an den Getreidebau.

Genfer Besprechungen

Praktisches Scheitern der Abrüstungskonferenz

Genf, 5. Dez. (Eig. Draht.) Am Montag Abend fand anlässlich eines Diners bei Macdonald die erste gemeinsame Besprechung der Vertreter der fünf Großmächte über Gleichberechtigung und Sicherheit statt. Es nahmen teil: Neurath, Norman Davis und Hughes Wilson, Macdonald und Simon, Herriot und Paul-Boncour, sowie die Italiener Aloisi und Noffe. Neurath wurde ferner von Macdonald über die bisherigen Gespräche unterrichtet.

In der Besprechung zwischen den Engländern, Amerikanern und Franzosen entwickelte Norman Davis einen Vorschlag, der offenbar auf seine persönliche Initiative zurückgeht. Danach soll durch die Generalkommission der Abrüstungskonferenz ein Komitee eingesetzt werden, das bis Mitte Januar 1933 den Entwurf eines Vortrags ausarbeiten soll auf der Grundlage der Vertragsunterschiede vom 23. Juli. Der dann abzuschließende Vortragsentwurf soll bis März 1936 laufen, dem Verfalltermin des Washingtoner Flottenvertrags. Die Frage der Sicherheit und der Gleichberechtigung soll ihre Lösung ebenfalls erst in drei Jahren finden, da man hofft, wenigstens in dieser Zeit einen Weg zu finden.

Inzwischen soll eine gemeinsame Erklärung erfolgen, daß die Lösung der Sicherheitsfrage notwendig und der Anknüpfung auf Gleichberechtigung beruht. Zu diesem Vorschlag, der praktisch das Scheitern der Abrüstungskonferenz bedeuten muß, und weder Frankreichs Ansehen noch Deutschlands Forderung in irgend einer Weise erfüllen könnte, hat bisher noch keine der Delegationen Stellung genommen.

Italien und Frankreich

Die italienischen Gegenforderungen

Der „Paris Midl“ veröffentlicht unter dem Titel „Der Preis der Wiederannäherung“ die Schlussfolgerungen einer Enquete, die einer seiner Redakteure in Italien über die französisch-italienische Verständigung angestellt hat. Diese Ausführungen verdienen umso größeres Interesse, als in letzter Zeit in Frankreich von der Regierung und der Presse krasseste Anreizungen zur Wiedervereinigung der italienischen Freundschaft unternommen worden sind.

Dem französischen Journalisten ist von einer hochgestellten Persönlichkeit in Rom erklärt worden, daß die Wiederannäherung der beiden Länder, abgesehen von einem besseren und kompatibleren Verständnis der Völker und ihrer Diplomaten, nur das Ergebnis eines Handelsgeschäfts sein könne. Bei diesem Geschäft handle es sich nicht um eine Rückgabe von Nissa, Savona und Korsika an Italien und auch nicht um eine Verständigung über die tunesische Frage, die bereits im Prinzip erzielt sei, sondern Italien verlange einen Anteil an der Teilung Äthiops. Italien bestreite nur die „verbrannten Seiten von Tripolis und die Libische Wüste“. Wiser seien alle ungewissen Widerstand Frankreichs gegen Italien habe z. B. Interessen und Sympathien in Abyssinien. Diese Frage sei den französischen Regierungen unterbreitet worden, aber Italien habe nicht die erwartete moralische Unterstützung gefunden. Italien brauche eine Durchgangsstraße durch Äthiops, einen Weg für die Durchdringung und Bevölkerung Äthiops. Das Kolonialproblem sei für Italien eine Lebensfrage. Ferner wünsche Italien die Unterstützung Frankreichs auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet. Eine Verständigung darüber sei unter dem Kabinett Steeg schon im Gange gewesen. Es handle sich für Italien vor allem um Erleichterungen für die Auslösung von Anleihen und für die Erlaßnahme ausländischer Kredite sowie um eine Kolonialentscheidung, die den Warenverkehr zwischen beiden Ländern erhöhe. Als Gegenleistung für alle diese Forderungen würde Italien bereit sein, mit Frankreich zusammenzugehen, andernfalls würde es gegen Frankreich arbeiten.

Ungarischer Bergarbeiterstreik

MTA, Künffirchen, 6. Dez. In den Kohlengruben der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in der Umgebung von Künffirchen sind gestern 2000 bis 2500 Bergleute in den Ausstand getreten, weil sie am vorigen Freitag nur 30 Prozent ihrer Löhne erhalten hatten; ihre Löhne waren abnehmend in den letzten Monaten stark gesunken. Zur Beilegung des Ausstandes wurden Schlichtungsverfahren eingeleitet.

Lehren von Thüringen

Die starken Verluste der Nazis - Kommunisten und Sozialdemokratie - Der Wille zum Vormarsch

Die Thüringer Gemeindevahlen haben das Bild der Wahlen von Bremen und Lübeck bestätigt. Der Rückgang der Nationalsozialisten geht unaufhaltsam weiter. Gemäß dem Rückgang der Wahlbeteiligung hat die Sozialdemokratische Partei sich zu behauptet, mehr noch in den Landkreisen als in den Städten. Da noch ein exakter Ueberblick über den Rückgang der Wahlbeteiligung fehlt, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit erkennen, ob die Sozialdemokratie ihre Stellung vom 6. November nur relativ behauptet oder sie darüber hinaus noch relativ gewonnen hat. Allein die Wahlsiege vom 6. November sind kein Ausgangspunkt für eine etwaige Kritik. Wir sind deshalb, obwohl wir auf behauptet haben, nicht zufrieden mit diesem Ergebnis. Es genügt uns nicht, daß die Kommunisten uns gegenüber verloren haben; es genügt uns auch nicht, daß die Nationalsozialisten gegenüber dem 6. November neue erhebliche Verluste erlitten haben.

Für die Sozialdemokratische Partei gilt es, die Massen der Nationalsozialisten und Kommunisten abzelen, zu sammeln für sozialistische Ziele. Unsere Aufgabe ist es nicht, uns zu behaupten, sondern vorwärts zu marschieren. Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Thüringen wird uns deshalb zu vermehrter Tätigkeit anspornen. Es zeigt uns zugleich deutlich die große Aufgabe, zu sammeln und aufzuklären, was von Kommunisten und Nationalsozialisten wieder hinweggeweht ist!

Für die Reichspolitik ist der Ausgang der Thüringer Wahlen von großem politischem Interesse. In der Tendenz zeigt sich neben dem Verlust der Nationalsozialisten ein Wiederaufleben der Mitte und vor allem des Landbundes in Thüringen. Was die drei großen politischen Parteien, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten anbelangt, so gibt ein annäherndes Gesamtergebnis das folgende Bild:

	4. Dez.	6. Nov.	Verlust	in %
Sozialdemokraten	190 038	212 262	22 224	10,5
Kommunisten	142 847	164 869	22 022	15,3
Nationalsozialisten	252 438	329 329	76 891	23,3

Diese Ergebnisse umfassen die Orte Eisenach, Weimar, Altenburg, Gera, Gotha, Greiz, Arnolds, Sonneberg, Jena, Arnstadt, Rudolstadt, Zeitz, Meißel, Almenau und die Landkreise Gera, Weimar, Schleiz, Greiz, Sonneberg, Eisenach, Altenburg, Meiningen, Arnstadt, Hildburghausen, Saalfeld, Rumburg, Sonderhausen.

Die gewaltigen Verluste der Nationalsozialisten treten zu den Verlusten vom 6. November noch hinzu. Diese waren für die Nationalsozialisten von größter Bedeutung, nicht nur in ihrer äußeren Stellung zur Reichspolitik, sondern auch partiell. In der nationalsozialistischen Partei haben vor der Wahl die Anhänger der unbedingten und unentwegten Opposition gerungen mit den Vertretern jener Richtung, die sich schlichter gegenüber tolerierend verhalten wollten. Die Chancen waren für die Nationalsozialisten in Thüringen nicht ungünstig. Nach ihrem ersten Reiterungsexperiment waren sie längere Zeit ausgeschaltet gewesen und hatten diese Zeit zu fruchtbarer Agitation benützt. Sie haben jetzt erst etwa ein halbes Jahr wieder in der Regierung. Die nationalsozialistische Parteiführung hat deshalb in Thüringen den Versuch unternommen, die Rückgangsbewegung aufzuhalten. Sie hat alle verfügbaren Kräfte, darunter Goebbels und Hitler selbst, nach Thüringen berufen. Sie wollte nicht nur die Entmutigung ihrer Anhänger aufhalten, sie wollte zugleich dem Reichspräsidenten gegenüber ihre Stärke demonstrieren. Beides ist nicht gelungen und deshalb zeigt sich im Kreise der unentwegten Oppositionsanhänger in der NSDAP tiefe Betroffenheit. Das Berliner Kabinett erschien am Montag Abend mit größter Ueberdrücktheit:

„Die Höhe von den Kasierverlusten. Prozentualer Gewinn gegenüber Bürgerlichen und SPD.“

„Uniere Tabelle zeigt, daß diese Parole den Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägt. Wenn ansehnlich der klaren Ziffern solche Parolen ausgesprochen werden, so ist das ein deutliches Symptom der Angst, und wenn die Nationalsozialisten jetzt eifrig mit Herrn Schleicher wegen einer Tolerierung verhandeln, und wenn sie bereit sein sollten, ihn zunächst bis zum Januar zu tolerieren, so liegt darin nichts anderes als die Erkenntnis ihrer Schwäche.“

Aber auch die Hoffnungen der Kommunisten sind enttäuscht worden. Sie haben ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie erheblich verschlechtert. Die Bewegung zur Kommunistischen Partei hat sich in Thüringen nicht weiter fortgesetzt, sie ist vielmehr schon rückwärts geworden.

Die Politik der bloßen Agitation und des Scheinradikalismus kann vorübergehend Chancen haben, aber: wie gewohnt, so verurteilt! Auf die Dauer wird der Erfolg mit der Partei sein, die ernst und zielbewußt praktische Auswege aus der Not zeigt, große Mühe, wirklich radikale, Innmost verlangte Auswege und die solche Auswege vertritt im Kampf gegen alle Verluste, das bürgerliche System und die bürgerliche Herrschaft zu teilen. Eine Politik, die auf große realistische Ziele einstellt, ist, und sie unentwegt vertritt, das ist das Erfordernis der Stunde. Die Sozialdemokratische Partei wird es beherzigen.

Nazis verlieren 30 Prozent

Genève, 5. Dez. Die letzten Ergebnisse der Thüringer Kommunal- und Kreiswahlkreise bestätigen die schon verzeichnete Tatsache eines starken Stimmenrückgangs infolge der allgemeinen Wahlmüdigkeit. Sehr beachtend ist das Resultat der Wahl zum Eisenacher Kreisrat. Hier haben bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent die Nationalsozialisten gegenüber den letzten Reichstagswahlen mehr als 30 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während der Landbund, der mit einzelnen bürgerlichen Gruppen zusammenhängt, seinen früheren Stand von vier Mandaten wieder erreichen konnte. Auch die Kommunisten haben einen läßlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen.

Hochschulrektoren gegen Nazi-Schulsystem

Scharfe Kritik an Nazi-Minister Klages

Genève, 5. Dez. Eine Konferenz der deutschen Hochschulrektoren beschäftigte sich hier mit verschiedenen Fragen, wie Studentenverweise, Freiwilliger Arbeitsdienst und Schaffung eines einheitlichen Studentenrechts. Zu dem Hochschulkonflikt in Braunschweig wurde folgende Entschließung gefaßt: Die deutsche Rektorenkonferenz erklärt: Es liegt den deutschen Hochschulen und ihren Rektoren fern, der politischen Jugend die Beschäftigung mit den Problemen des politischen Lebens zu verweigern. Sie erachtet es vielmehr als selbstverständlich, daß Lehrer und Studenten mit bestem Verstand Anteil nehmen am Geschehen des deutschen Volkes. Dagegen können sie unter Hinweis auf ihre Verantwortung gegenüber Staat und Wissenschaft das Einmischen der Parteipolitik in die Hochschule grundsätzlich ablehnen. Deshalb sprechen die in Halle verammelten Rektoren dem Rektor und Senat der Technischen Hochschule Braunschweig ihren Dank aus für das mannhafte Eintreten gegenüber dem Eingriff des braunschweigischen Volksbildungsamts in die Freiheit der Wissenschaft und die akademische Selbstverwaltung. Aus dem gleichen Grunde stellen sie sich einmütig hinter das Schreiben, mit dem der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Hochschulen den Herrn Reichspräsidenten um Schutz der höchsten akademischen Güter anzufragen hat.

Klages leidet Abbitte

Braunschweig, 5. Dez. (SP.) Nazi-Klages hat seinen Kampf gegen Rektor und Senat der Technischen Hochschule verloren. Der Held und Führer des Braunschweiger Dritten Reiches ist auf dem Wege zu einem erbärmlichen Nilgans.

Am einen Ministerposten nicht zu verlieren, hat Klages in ein von deutschnationalen Koalitionsschreibern herbeigeführten Komplotz eingewilligt. Er wird den Komplotz in den Hochschulkreisen antreten und persönlich bei Rektor und Senat Abbitte leisten und sich entschuldigen. Damit wollen sich Rektor und Senat begnügen und die Streitfrage begraben, nachdem sie auch in der Sache gesiegt haben. Der Unterführer von Klages, der Nazi-Student Gille, klebt auf der Straße. Da er bereits wegen einer Unterhändlung im Gefängnis gesessen und deshalb relegiert worden war, hat der Vorstand der Deutschen Studentenschaft diese Tatsache herangezogen, um Gille von seinem Posten als Leiter des Kreises 3 der Studentenschaft abzulenken.

Tot aufgefunden

Der Vormarsch mehrt: Im Tor des Hauses Brenslauer Allee 42 in Berlin wurde in der Nacht ein junger Mann aufgefunden, der zusammengekauert dalag und in der Hand eine Pistole hielt. Er wurde ins Krankenhaus Friedrichshagen gebracht, wo die Verletzung einen Schuß in unmittelbarer Nähe des Herzens feststellte. Der Zustand ist sehr bedenklich.

Bei der Ermittlung der Personlichkeiten stellte sich zur allgemeinen Ueberzeugung heraus, daß der jugendliche Selbstmörder kein anderer als der 21 Jahre alte Maurerlehrling Franz Kollek aus der Marienburger Straße 1 war. Kollek ist SA-Mann. Im Verein mit den Wörden Hauschke und Beder war er in der Silberrnacht 1929/30 an dem Doppelmord, dem die Reichsbannerkämpferin Schneider und Graf zum Opfer fielen, hervorragend beteiligt.

MTA, Weisau, 5. Dez. Vor dem Vierten Straßengericht des Reichsgerichts begann heute der Prozeß gegen den Fabrikanten-Unteroffizier Karl Eberhard, dem zur Last gelegt wird, im Juni 1931 während seiner Ausbildung auf der Dresdener Infanterieschule unter seinen Kameraden Propaganda für kommunistische Ideen gemacht zu haben. Ferner soll er den örtlichen kommunistischen Stellen angeboten haben Propaganda in der Reichswehr zu treiben. Zur Verhandlung sind mehrere Sachverständige und 37 Zeugen geladen.

Ein Kriegsverratsprozeß

Nach 17 Jahren vor Gericht

Leipzig, 2. Dez. Dem 4. Straßengericht des Reichsgerichts wurde heute vormittag der 42jährige Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt zur Aburteilung vorgeführt, der am 29. Dezember v. J. auf der Straße verhaftet worden war.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 14. April 1915 in der Stellung vor Langemann übergebenen zu sein und den Franzosen den ersten Frontabschnitt des geplanten deutschen Gasangriffes verraten zu haben. Jäger wurde in dieser Nacht von einer französischen Patrouille gefangen genommen. Er behauptet, sich erst nach dem Entschließen, irgendwelche verteilbaren Auslagen gemacht zu haben. Es sei lediglich ein Gaspöckchen bei ihm gefunden worden, von dem er angegeben habe, daß dies zum Schutz der deutschen Soldaten gegen Gasangriffe diene.

Gegen Jäger, der im November 1919 aus der Gefangenenshaft nach Deutschland zurückkehrte, war bereits im Jahre 1920 ein Verlaß wegen Kriegsverrat eingeleitet worden, das jedoch bald eingestellt wurde, da man Jäger damals nicht überführen konnte. Mehr Jahre später, im Juli 1930, erschien eine französische militärische Veröffentlichung über den ersten deutschen Gasangriff, in der der Verfasser ausführte, „daß ein deutscher Ueberläufer, August Jäger vom 24. Reserveinfanterieregiment, sich den französischen Jägern ergeben habe und unersichtlich vernommen worden sei“. Der Artikel behauptet weiter, daß Jäger alle Einzelheiten des geplanten Gasangriffs, wie den Einbau der Gasflaschen, die Stellung der Gaskübel usw., dem Dolmetscher mitgeteilt habe. Auch in dem Tagebuch eines französischen Obersten, das seinerzeit in deutsche Hände fiel, war angeführt, daß in der Nacht zum 14. April ein Gefangener des 24. Regiments verraten habe, daß die deutschen Soldaten kurz vorher in Roulers unterirdisch im Gasangriff erhalten hätten, und daß ein Angriff im Abschnitt Langemann-Boellmann geplant sei.

Schon damals kam Jäger in Verdacht, denn er war der einzige in Gefangenenshaft getatene Angehörige vom Regiment 24 bei diesem Angriff.

Stuttgarter SS.-führer verhaftet

Stuttgart, 5. Dez. Am Samstag fand vor dem Amtsgericht eine Verhandlung gegen den Stuttgarter SS.-Führer Karl Reiffing statt, dem ein Vergehen der Rötung zur Last gelegt wurde. Bei der Beweisaufnahme ergab sich der dringende Verdacht, daß ein als Entlastungszeuge auftretender früherer Polizeiwachmeister und jetziger Parteigenosse des Angeklagten unwahre Aussagen gemacht hätte. Der Zeuge wurde daher aus dem Saal heraus verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt. Am Schluß der Verhandlung, die mit der Verurteilung eines des Angeklagten Reiffing zu 3 Monaten Gefängnis endete, wurde Reiffing auf Veranlassung des Staatsanwalts unter dem Verdacht des Verleumdung zum Weib ebenfalls verhaftet und sofort abgeführt. Bei seiner Verbringung in die Untersuchungsgefängnis ergab sich Reiffing in weiteren Vernehmungen gegen den Staatsanwalt, dem er zuletzt sogar in Aussicht stellte, daß für ihn schon eine Kugel im Lauf liege.

Die Masse muß es bringen,

auch bei einer Lotterie. Der Gewinnplan der Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932 berücksichtigt gerade die kleinen und mittlern Gewinne.

Freistaat Baden Sand in die Augen

Die thüringischen Landtagswahlen zeigen, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, überall die Fortsetzung des Rückgangs der nationalsozialistischen Partei, trotzdem Hitler „höchstpersönlich“ die thüringische Wahlkämpfe geleitet hatte. Der nationalsozialistische „Führer“ fühlt trotzdem das Bedürfnis, aus den thüringischen Wahlen einen Wahlsieg der Nationalsozialisten zu machen. Da dies bei den einfachen Verstand nicht möglich ist, greift er zu einem Trick, indem er nämlich als Vereicherer nicht die letzten Reichstagswahlen vom 6. November benutzt, sondern die letzte thüringische Kommunalwahl vom Jahre 1928. Im Jahre 1928 waren, wie Herrmann weiß, natürlich ganz andere Verhältnisse wie jetzt und es ist es natürlich für den „Führer“ sehr leicht, daraus einen Gewinn für die Nationalsozialisten herauszurechnen. Tatsächlich ist die Dinge jedoch so, daß die Nationalsozialisten gegenüber den letzten Reichstagswahlen sich bei den thüringischen Gemeindevahlen auf absteigender Linie befinden, eine Tatsache, die der „Führer“ seinen Lesern nicht mitteilen will. Deshalb wird den Anhängern der Nationalsozialisten Sand in die Augen gestreut, vorausgesetzt, daß sie sich dies bieten lassen und sich auf diese Weise über den tatsächlichen Stand der Dinge täuschen lassen.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime Badische Durchführungsbestimmungen

Das badische Ministerium des Innern erläßt Durchführungsbestimmungen über die Handhabung der Reichsbaudarlehen für Eigenheime in Baden. Darnach werden vorzugsweise solche Bauvorhaben berücksichtigt, die alsbald begonnen werden können. Vorhaben, die erst nach dem 1. April 1933 begonnen werden sollen, werden zunächst ausgeschlossen. Bei der Planung und Durchführung sollen freie Möglichkeiten beigegeben werden. Der Berücksichtigung des Klein- und mittleren Gewerbes ist besondere Beachtung zu schenken. Die Wohnfläche ist zahlensmäßig nicht beschränkt. In der Regel werden Eigenheime im Betrag von 4000 bis 6000 RM. vergeben. Da durch die Bewilligung des Reichsbaudarlehens neue Arbeit geschaffen werden soll, dürfen nur solche Eigenheime berücksichtigt werden, die erst nach Erteilung des Darlehensbaubehelchs begonnen werden.

Von der Vorschrift, daß die Bemerker mindestens 50 Prozent der Bau- und Nebenkosten aus eigener Tasche des Wertes des Grundstücks als Eigenkapital nachzuweisen haben, dürfen unter bestimmten Umständen Ausnahmen gemacht werden. Für die Reichsbaudarlehen werden vorzugsweise Einzelkredite in Betracht kommen.

Die Darlehensanträge sind beim Bürgermeister einzureichen; das Vorhandensein des Eigenkapitals ist durch Vorlage besonderer Nachweise zu belegen. Der Bürgermeister hat die Anträge in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu prüfen. Unbegündete Anträge sind durch den Bürgermeister oder das Bezirksamt abzuweisen. Der Minister des Innern verleiht das Darlehen auf Bewilligung des Reichsbaudarlehens, während die Deutsche Bau- und Bodenbank die dingliche Sicherstellung des Darlehens durch das Reich veranlaßt und nach Anweisung des Ministers des Innern die spätere Auszahlung des Reichsbaudarlehens vornimmt. Die Auszahlung wird nach Fertigstellung des Baues und erst in der Zeit vom 1. Mai 1933 bis 1. August 1934 erfolgen. Die Bezirksämter und Bürgermeister haben im Interesse der Kostensenkung von der Erhebung besonderer Gebühren Abstand zu nehmen. Das Reich hat dem Lande Baden vorläufig den Betrag von 560 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Wirtschaftskrise und Erziehung

Was Lehrertreuen wird uns aus B. Baden geschrieben: Innerhalb Jahresfrist ist die Gesamtschülerzahl der höheren Schulen Deutschlands um 45 000 gefallen. Auch das Land Baden hat in diesem Hinsicht seinen prozentualen Anteil. An letzte Oktober verminderte sich die Eintrittszahl in die Sexta um über 20 Prozent. Die Verminderung in der Mittelschulbildung läuft mit der Wirtschaftskrise parallel. Die Kulturkrisis zeigt sich am warnendsten im Schulwesen mit seinem Stellenabbau und seinen überfüllten Klassen. Die Ausbildungsstellen in den höheren Schulen, vorab in den badischen Realschulen sind abnorm hoch und entsprechen nicht mehr der Volksnot. Die klassenmäßige Verunsicherung, die heute noch ihre negativen Früchte, so folgt durchschnittlich an 1000 Schülern ein Lehrerschnitt 1150 M., ein Landesschulinspektor 2000 M., ein Schullehrer 967 M., ein Landesschulinspektor 1000 M., ein nicht vollqualifizierter 500 M., ein Kunstgewerbeschüler 558 M., ein Fachlehrer 555 M., ein Mittelschüler 470 M., ein Gewerbeschüler 60 M. und der Sohn des Volkes, der Proletarier der Volksschule, den recht bescheidenen Erziehungsbeitrag von 10 M. Berechnet man diese Aufwandszahlen mit den Steuern, Abgaben der Eltern der Schulfürsorge und dem Verteilungsschlüssel auf einzelnen Schulkategorien, so kommt die Volksschule in weitem Maße an letzter Stelle. Die kapitalistische Betriebsorganisation durch die Vertretung ihrer Interessengruppen die Hauptquoten aus den Reichssteuererwerbungen, die vornehmlich aus Lohn- und Gehältern entfließen, allen übrigen Schulformen und nicht der Volksschule zuzurechnen. Insbesondere ist deshalb die SPD, dazu berufen, die schulischen Belange des Volksschulwesens zu betreiben.

Naturparkgebiet im Wehratal. Der Minister des Kultus und Unterrichts hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach das Wehratal auf der Gemainschaft Wehr ein im Eigentum der Staatsforstverwaltung stehendes, zu den Staatswaldbezirken Gmünd und Wolfriet (ehemal. Mettenwald) gehörendes Waldgebiet im Gesamtflächenmaß von etwa 25 Hektar als Gemeinwesen mit der Staatsforstverwaltung zum Naturparkgebiet erklärt wird. Links und rechts der Wehra gehen, umfaßt das Gebiet u. a. den Wildenstein und den Heisterlehen. Innerhalb des Naturparkgebietes ist jeder Eingriff in die Bodengestaltung sowie in die Pflanzen- und Tierwelt zu unterlassen. Die Aufarbeitung und Verwertung von Waldschutt, Schneebrocken, Insekten- und Dürreholz sowie die jagdliche und fiskalrechtliche Nutzung bleibt den Bewirtschaftern vorbehalten.

Rüsten! Umbauen! Aufbauen!

Genosin Toni Sender, M. d. N., propagiert in einem Aufsatz, ähnlich wie Genosse Soliman, einen personellen und organisatorischen Umbau auch innerhalb der Partei. Zur Information und zur Diskussion geben wir auch die Darlegungen der Genosin Sender wieder.

Die Rebatation.

Wir sind in eine Situation eingetreten, die die höchste Aufmerksamkeit und Bereitschaft von der sozialistischen Front erfordert. Gerade jetzt darf keinerlei Unsicherheit in unsere Reihen einziehen. Am häufigsten wird in den Debatten jetzt die Frage aufgeworfen, wie man angesichts der letzten Ereignisse heute zur Demokratie zu stehen habe. Hat sich nicht erwiesen, daß man auf dem demokratischen Wege dem proletarischen Kampfsziel nicht nahekommen kann? Soll man überhaupt noch für die Demokratie kämpfen, nachdem sie so verlagert hat? — Solche und ähnliche Fragen tauchen auf. Und erbeischen eine klare Antwort. Die aber kann nur lauten:

Die Tatsache, daß alle Gegner der Freiheit und der Volksrechte jetzt den arden Ansturm unternahmen, ist wahrlich kein Grund, selber diesem Ansturm zu unterliegen. Soweit der Sturm von rechts kam, hatte er zur Ursache die Erkenntnis der Gegner der Arbeiterklasse, daß mit fortschreitender Entwicklung der Demokratie in einem hochentwickelten Industriegebiet die Macht schließlich an das Proletariat kommen muß.

Und hat sich nicht gerade in diesen letzten Wahlen gezeigt, wach prompt funktionierender Lehrmeister die Demokratie ist, in der es möglich war, daß vor den Kollisionsmethoden der Nazis bereits zwei Millionen Wähler befehrt daongelassen sind? Nicht weil die Demokratie verlagert, sind wir in die jetzige Lage gekommen — sondern weil man sie auf der Seite der Kapitalisten fürchtete und weil sich zu diesen noch die Saboteure der Demokratie auf der äußersten Linken gesellten, deren gemeinsamem Angriff allein das Zurückdrängen und die erste Gefährdung der Volksrechte gelang. Wollte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Diktatur aufstellen, dann bewirte man damit nichts anderes als eine Forderung der Diktatur der Konterrevolution. Wir aber wollen die Demokratie als die Selbstbestimmung des Volkes (sowohl auf dem Gebiete der Politik als auch in seinem Arbeitsprozess). Eine vollendete Demokratie gab es in Deutschland noch nie; wenn Weimar uns nur die politische Demokratie gab, so lehrten uns die Erfahrungen, daß diese erst gesichert ist, wenn sie ihre soziale Fundierung in den wirtschaftlichen Verhältnissen findet. Dies war auch neben den wirtschaftlichen Motiven der Grund für die Auffassung unserer Vorbehalten nach dem Umbau der Wirtschaft.

Run droht aber immer stärker und näher die Gefahr, daß dem Volke die Demokratie durch die Gegner geraubt werden soll. Und als gute Demokraten müssen wir bereit und entschlossen sein, in einem solchen Falle den Kampf gegen den Versuch zu solchen

Staatsstreich mit allen Mitteln aufzunehmen, die zu Gebote stehen und Erfolg versprechen. Befehntnis zur Demokratie bedeutet nicht Anbetung unbedingter Gewaltlosigkeit. Denn unser Bestreben, die Gewalt aus dem politischen Kampf auszuschalten, bedeutet keineswegs, daß wir den Gewalttaten der Gegner tatenlos gegenüberstehen müssen.

Niemand von uns, wenn er die möglichen Situationen ernst durchdenkt, wird leichtsin von der Anwendung der mannigfaltigen Möglichkeiten eines solchen Kampfes reden. Aber um so stärker wird er die Notwendigkeit empfinden, daß alle Teile der Eisernen Front noch stärker als bisher in frischer Weise alle geistigen und materiellen Vorbereitungen treffen. Nicht auf das häufige öffentliche Reden davon kommt es an — um so mehr aber auf das Bereitsein!

Die sozialistischen Organisationen sind darauf eingestelt, in der kommenden Phase in unbedingter Opposition zu stehen. Aber es wird nicht eine so relativ hequeme Opposition sein wie in den ersten Jahrzehnten der sozialistischen Bewegung. Wir stehen — trotzdem — näher der Machtergreifung als damals, haben es aber auch mit noch rücksichtslosere Gegnern zu tun.

Unsere Aufgaben haben sich ganz gewaltig gewandelt — nur unsere Kampforganisationen haben sich diesem Wandel bei noch nicht ausreichend angepasst. Um aber die in Zukunft notwendige elastische und rasch anwendbare Taktik einziehen zu können, bedarf es dringender einer entsprechenden Umstellung der Organisation.

Damit ist auch ausgesprochen, daß leitenden Stellen große Rollen zugeteilt werden müssen und daher die Befestigung einer Reihe verantwortlicher Stellen unter Berücksichtigung dieser Faktoren, aus der veränderten Situation geborenen Aufgaben vorzunehmen wäre. Teilweise sind andre Qualitäten als in der hinter uns liegenden Zeit erforderlich. Hier gibt es rasch, wenn auch mit höchstem Verantwortungsbewußt, zu handeln.

Niemand kann heute voraussehen, welche Abenteuer der Gegner noch manen mag. In jedem Falle ist es wichtig, daß er wisse, daß der wichtigste Teil der proletarischen Front, die Eisernen Front, sich auf alle diese Eventualitäten rüstet. Aber auch unsere Anhänger müssen die Ueberzeugung haben, daß sie im Falle eines jäh äußersten Konfliktes ihre Parolen nur von uns zu empfangen haben, daß sie sich der Führung von Kameraden anvertrauen können, denen ein solcher Kampf viel zu bluternst und verantwortungsvoll ist.

Das Fundament der Mächte, die heute glauben, stolze Triumphe verkünden zu können, kann sich übermorgen bereits als morsch erweisen. Und dann muß eine Armee bereitstehen, die den Willen zur Macht — aber auch die schöpferische Kraft zur Neugestaltung hat!

Gegen Rundfunk-Diktatur forderungen und Abwehrmaßnahmen

Die Sozialistische Rundfunkkorrespondenz schreibt uns:

Die politische und wirtschaftliche Reaktion dringt in immer stärkerem Maße auch in die Gebiete des geistigen und kulturellen Lebens ein. In dieser Stunde der Gefahr gilt es, alle freibeitlich gesinnten Hörer zusammenzuführen.

- für Geistesfreiheit — gegen Diktatur;
- für Kunst und Aufklärung — gegen Riß und Verdummung;
- für Gleichberechtigung der Weltanschauungen — gegen einseitige nationalalltliche Programmgestaltung!

Die in der freien Funkzentrale vereinigten Spitzenorganisationen der wertvollen Bevölkerung (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialistischer Kulturbund, Arbeiter-Radio-Bund) fordern alle Mitglieder ihrer Verbände auf, sich in die

Front freibeitlicher Hörer

einzureihen. Die genannten Organisationen treten ein für

- Parität für alle politischen und weltanschaulichen Bewegungen;
- stärkste Rücksichtnahme auf die geistigen Interessen der wertvollen Bevölkerung unter Heraneigung aller geeigneten Kräfte der sozialistischen Kulturbewegung; gegen jede Ausnahmehandhabung einzelner Volksteile;
- Aktualisierung des Rundfunks, aber keine einseitige Politik; der Rundfunk darf nicht Instrument der jeweiligen herrschenden Mächte, sondern selbständiger Ausdruck aller politischen, geistigen und künstlerischen Kräfte des ganzen Volkes sein; staatsbürgerliche Aufklärung über Republik und Weimarer Verfassung;
- stärkste Berücksichtigung der die Arbeitnehmerenschaft bewegenden Fragen; Darstellungen und Reportagen, Zwi- und Mehrsprachigkeit, Hör- und Lehrspiele aus dem Arbeitsleben; sozial- und arbeitsrechtliche Vertretung;
- freie geistige und weltliche Feierstunden als eigenwertige künstlerische Gestaltungsformen unter Berücksichtigung der Arbeiterbildung und des Arbeitergesanges;

Aus aller Welt

Terrornotverordnung bei Rimeh-Streit

Glas, 5. Dez. (Eia. Draht.) Das Schwurgericht Glas verurteilte am Montag den 22 Jahre alten Stellmacher Wilhelm Sündermann aus Heringswalde bei Habelschwerdt auf Grund der Terrornotverordnung wegen Gewalttätigkeit mit Todesfolge zu zehn Jahren Zuchthaus und wegen verschiedener Verbrechen gegen die Waffenverordnung zu einem weiteren Monat Zuchthaus. Sündermann hatte am 5. September auf dem Heimweg von einer Rimeh dem Landwirt Seipelt eine Schußverletzung beigebracht, an deren Folgen dieser verstarb. Anlag dazu war, daß Seipelt der Braut des Sündermann in Hofschloßer Radt ohne Mißbehalt ins Gesicht schloß. Das Mädchen schloß die Leichenlampe aus der Hand. Der leicht erregbare Kriegsheimkehrer verlor die Hand. Ob letzter erregbare Kriegsheimkehrer verlor die Hand. Ob letzter erregbare Kriegsheimkehrer verlor die Hand.

hat, in dessen Verlauf der Schuß fiel, wußte niemand zu sagen, so daß der wesentliche Vorgang ungeklärt blieb. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch, da Notwehr vorliege, deren Überschreitung durch die zweifelslos vorliegende Uebererregung straflos bleiben müßte. Das Gericht erkannte auf die Höchststrafe. Die Terrornotverordnung habe nicht nur für politische Verbrechen Geltung. Ein Rechtsmittel auf Berufung kennt sie nicht.

Gustav Meyrink gestorben

München, 5. Dez. Der Schriftsteller Gustav Meyrink ist gestern Sonntag im 64. Lebensjahr in seiner Wohnung in Starnberg gestorben. Er war schon seit längerer Zeit leidend. Meyrink, der am 19. Januar 1868 in Wien geboren wurde, ist besonders durch seinen Roman „Der Golem“ bekannt geworden.

Der neue Münchener Großhändler

München, 3. Dez. Aus Anlaß der Inbetriebnahme des neuen Münchener Großhändlers fand am Samstag auf Einladung des Reichspostministeriums eine Eröffnungsfeier statt.



Die hohe Lichtleistung, verbunden mit großer Wirtschaftlichkeit, macht die OSRAM-Lampe zum meistgebrauchten Lichtspender.



OSRAM

Erhältlich in den OSRAM-Verkaufsstellen

Gewerkschaftliches

Versicherungsangestellten-Verlamung

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In einer gut besuchten Versammlung der Fachgruppe Versicherungsangestellter des Zentralverbandes der Angestellten (nach Reichsfachgruppenleiter Brille-Berlin über das Thema Tarifpolitik - Wirtschaftskrise - Gewerkschaften) - Einleitend stellte der Referent fest, daß nicht die derzeitige Staatsform Deutschlands an der Wirtschaftskrise die Schuld trägt, diese vielmehr den Charakter einer Weltwirtschaftskrise hat. Entscheidend ist das Verschärfungsgewerbe eine allseitige Inflation in dieser Krise. Es besteht daher auch gar kein Anlaß, die Gehälter und die sonstigen Tarifbestimmungen, wie Löhne, Gehälter, Pensionen, Zulagen, Zulagen usw. zu verschlechtern. Wenn man trotzdem auf solche Verschlechterungen hinarbeitet, so deshalb, um den übrigen Arbeitgebern gegenüber Solidarität zu üben. Obwohl die derzeitige politische Lage das Verhalten der Arbeitgeber begünstigt, werden die Gewerkschaften, die immer noch ein festes Bollwerk darstellen, den Angriffen zu begegnen müssen. Der Zentralverband der Angestellten wird, da die Konzentrationsbewegung im Versicherungsgewerbe noch nicht abgeschlossen ist, bei den kommenden Tarifverhandlungen insbesondere dafür besorgt sein, daß der Entlassungsdruck bei Fusionen und Domizilverlegungen weiter ausgebaut wird. Daß im Versicherungsaufsichtsgesetz ein Fusionsverbot festgelegt wurde, ist lediglich ein Verdienst des Zentralverbandes der Angestellten, der als einziger Angehörtenverband bei der so notwendigen Reform aktiv mitgearbeitet hat. Um die bevorstehenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen erfolgreich bestehen zu können, ist eine geschlossene gewerkschaftliche Front aller Versicherungsangestellten notwendig. Der Zentralverband der Angestellten wird auch weiterhin die Interessen der Versicherungsangestellten nachdrücklich wahrnehmen. An den beifolgend aufgenommenen Vorträgen des Reichsfachgruppenleiters Brille schloß sich eine Diskussion an. In dieser wurde die erfolgreiche Arbeit der Reichsfachgruppenleitung des Zentralverbandes der Angestellten dankbar anerkannt.

Volkswirtschaftliches

Volkspflege

Die Volkspflege teilt in ihrem Organ der Gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Versicherungsstellen-Gesellschaft Volkspflege in Hamburg mit:

Wir erhielten im Monat August 10 025 Neuanträge, 4817 Wiederertragsleistungen; September 11 322 Neuanträge, 4128 Wiederertragsleistungen; Oktober 13 218 Neuanträge, 5663 Wiederertragsleistungen.

Der Aufstieg muß fortgesetzt werden! Alle Mitarbeiter müssen dazu beitragen!

Der Opelkonzern in Küsselsheim a. Main

dessen Aktienmehrheit sich im Besitz der nordamerikanischen General Motors Corp. befindet, schließt das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von „nur“ rund 3,4 Millionen Mark ab. Jedoch muß man bei diesem Abschluß berücksichtigen, daß man „vorsichtig“ gerechnet hat. Im Vorjahr, das allerdings noch durch das Umbauprogramm belastet war, stellte sich der Verlust auf fast 14 Millionen Mark. Die Handlungsverluste sind um 20 Prozent auf 8,4 Millionen Mark zurückgedrückt worden. Die Abschreibungen erscheinen mit 33,22 Millionen Mark halbiert. Hinsichtlich des Abflusses wird bemerkt, daß der Anteil der Opelwagen an der Weltlieferung des deutschen Automarktes sich weiter vergrößert. Mit Hilfe des Exportes von Opelwagen ist es auch gelungen, die deutsche Autobahndarstellung aktiv zu gestalten. An dem Abgang der 1,2- und 1,8-Literwagenklasse ist Opel mit je 40 Prozent beteiligt. Das Fahrzeuggeschäft ist derzeit umgestellt worden, daß 80 Prozent des Abflusses auf „Barausfälle“ verfallen werden. Die Entschuldung des Fahrzeuges im Jahre 1932 genommen habe, rechtfertige die Hoffnung, diesen Zweig der Fabrikation wieder gewinnbringend zu machen.

Entscheidung gegen Kraftfahrzeugsteuer

Die vom Deutschen Reichs-Auto-Club am 28. November 1932 einberufene Kundgebung „Auto in Not“ forderte nach den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Anton Reihner sofortige Hilfe für den Kraftverkehr. Starke Kaufkraftverluste und überhöhte Treibstoffpreise brachten das Auto in Not, jedes vierte Kraftfahrzeug mußte stillgelegt werden. 200 000 Berufskraftfahrer müssen stempeln gehen. Gegen das Fortschreiten dieses Verfalls der Kraftverkehrswirtschaft fordert die Kundgebung die Durchführung des folgenden Sofortprogramms:

Hydrogenale Senkung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Dezember 1932. Sofortige Senkung der Treibstoffpreise durch Eingreifen des Reichswirtschaftsministers in die unbillbare Preispolitik des privaten Treibstoffmonopols, durch Fortfall des Spritbeimischungszwangs, durch Senkung der Treibstoffölle.

Die hinter dem Deutschen Reichs-Auto-Club stehenden Kraftfahrer sind sich darüber klar, daß selbst die Durchführung dieses Sofortprogramms nicht ausreicht. Sie fordern deshalb darüber hinaus: Umwandlung der starren Kaufkraftsteuer in eine erträgliche Verbrauchsteuer, Überführung des privaten Treibstoffmonopols in ein staatliches Mineralölmonopol. Die Überführung dieses staatlichen Mineralölmonopols sind zur Senkung der Gesamtbelastung der Kraftverkehrswirtschaft und zur Instandhaltung und zum Ausbau des Straßennetzes heranzuziehen.

Die hinter dem Deutschen Reichs-Auto-Club stehenden Kraftfahrer wissen, daß dieses Aufbauprogramm auf den schärfsten Widerstand starker Interessentengruppen stoßen wird. Sie fordern deshalb alle Kraftfahrer auf, sich geschlossen und mit aller Energie für dieses Aufbauprogramm des deutschen Kraftverkehrs einzusetzen, denn es eröffnet für das Auto den einzigen Weg aus der Not.

Gefahren des „Schwarzen Geldmarkts“ für den Geldgeber

Die Stadt Sparkasse Karlsruhe schreibt uns: Bei der zunehmenden Selbstanlehnung von Geld durch das Publikum spielt die Hypothek naturgemäß eine große Rolle. So richtig grundsätzlich die Ansicht ist, daß dies eine sichere Anlage ist, so muß doch immer wieder darauf verwiesen werden, daß der Anleger die rechtlichen Fragen dabei nicht beherzigt und zu Schäden kommen kann. Ein Beispiel dafür sei die folgende Rechtsprechungsentcheidung:

Kläger hatte einem Betrüger ein Darlehen gewährt, wofür die aneulich für den Betrüger auf einem Grundstück einsetzende Hypothek auf den Geldgeber umgeschrieben worden sollte. Mit der Beurkundung der Abtretung war der befallene Notar beauftragt worden. Einige Monate nach der Beurkundung der Hypothek verkaufte der Kreditnehmer das Grundstück weiter, der Geldgeber fiel mit seiner Forderung gänzlich aus, da die Hypothek überhaupt nicht auf ihn umgeschrieben worden war. Der Geldgeber machte nun den Notar verantwortlich, mußte sich aber vom Reichsgericht, das die Klage abweis, sagen lassen, daß ihn eigenes Verschulden treffe. Es möge zwar sein, daß der Kläger kein gewerbsmäßiger Darlehensgeber sei, sondern aus Gefälligkeit gehandelt habe. Geschäfts- und Rechtskenntnisse habe er sich aus diesem Anlaß in weiterem Umfang allerdings nicht zu verschaffen brauchen. Aber nachdem er einmal in den Hypotheken- und Grundbuchverkehr eingetreten sei, trage er die Gefahr, mit der dieser besondere Verkehr nach der Natur der Sache und der Ausgestaltung, die das Hypotheken- und Grundbuchrecht in der bestehenden Rechtsordnung gefunden habe, nun einmal unzerrennlich verknüpft sei. Reineswegs könne sich ein geschädigter Geldgeber damit entschuldigen, daß mit der Herausgabe eines Notars alles Erforderliche geschehen sei. Der Kläger sei hier einem Betrüger zum Opfer gefallen, der vor allem auch ein unzuverlässiger Notar nicht schlechthin zu halten und das müsse auch eine verständige und billig denkende Käuferin wissen. Hier bestünde das eigene Verschulden des Klägers darin, daß er längst hätte Verdacht schöpfen müssen und hätte demnach weit früher rechtskräftigen Rat einholen sollen, wodurch zweifellos erreicht worden wäre, daß er sein Geld noch geteilt hätte. Ist es angesichts solcher Gefahren nicht vorteilhafter, den sogenannten „Schwarzen Geldmarkt“ zu meiden und sein Kapital, anstatt es selbst auszuliehen, den dazu berufenen Geld- und Kreditinstituten anzuvertrauen? Nicht nur einige, sondern recht viele Personen wären vor schwerem finanziellen Schaden, oft vor völliger Vermögensverlust bedrückt geblieben, wenn sie den Rat, Geldgeschäfte

mangels genügender Erfahrungen und Kenntnisse nicht selbst vorzunehmen, sondern dies den Sparkassen, Banken usw. zu überlassen, befolgt hätten.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Freitag, den 6. Dezember:
Baden-Baden: Abends 8 Uhr im Jugendheim (Merturstraße) Beginn des Sozialistischen Schulungskurses 1. Vortrag: Die Entwicklung der Volkswirtschaft im Lichte des historischen Materialismus. Referent: Gen. Fred Stern-Karlsruhe.
Besucht vollständig diese Veranstaltung werbt für den Bestand durch zuverlässige Genossenschaftsfreunde!

Samstag, den 10. Dezember:
Gölschhausen, Amt Bretten: Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag von Landtagsabg. Gen. Trinks.

Nochmals weisen wir auf den am Freitag, Samstag und Sonntag, den 9., 10. und 11. Dezember im

Handarbeitsklub der Hebelstraße in Karlsruhe stattfindenden mit dem Thema:

Sozialistischen Schulungskurs

Kursleiter ist Genosse Rudolf Weimar.

Das Thema lautet:

„Demokratie oder Diktatur?“

Der Kurs beginnt am Freitag und Samstag jeweils abends 7 1/2 Uhr und dauert bis 1/2 11 Uhr. Sonntags von 10 1/2 Uhr bis 12 Uhr vormittags.

Genossinnen und Genossen! Eiserne Front und Reichsbanner Mitglieder! Arbeiterjugend! Beteiligt euch vollständig! Meldet euch beim Parteisekretariat an.

Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß am

Sonntag, den 18. Dezember, im ganzen Bezirk Mittelbaden Gemeindevertreter-Gruppenkonferenzen

stattfinden mit dem Thema:

„Die Notlage in den Gemeinden und ihre Bekämpfung.“

Das Nähere wird noch bekanntgegeben. Wir erziehen die Gemeindevertreter, auch diejenigen der Städte, sich für diesen Tag freizubehalten, damit sie vollständig an diesen Konferenzen teilnehmen können.

Das Parteisekretariat.

Auskünfte der Redaktion

Eisenbahnausbesserungswerk. Der § 172 des Strafgesetzbuchs befaßt: Der Ehebruch wird, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist, an dem ehelichen Ehegatten, sowie dessen Mitbewohnern mit Gefängnis von 6 Monaten bestraft. Die Verurteilung tritt nur auf Antrag ein.

Verbandsanzeigen

Der 1. Jahrestag des Reichs-Auto-Clubs am 28. November 1932. Der 1. Jahrestag des Reichs-Auto-Clubs am 28. November 1932.

Karlsruhe: F.R. Winterport. Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Casino-Gambinushalle Lichtbilder-Vortrag: „Fahrt im Dampfer“ abends 8 Uhr, Gäste willkommen.

Freie Menschen. Heute 8 Uhr Haus der Gesundheit Vortrag: Vassilia Karlsruhe. Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr, Sammelort der Kinder im Lokal „Zum Eleanten“ (Hörsaal-Kundgebung). Der anschließende Familienabend findet selbstverständlich erst am 1. Weihnachtstage, abends 8 Uhr, statt.

Arbeiter-Samariterbund. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Kundgebung im „Salmen“.

Küppur, Naturfreunde. Heute Dienstag 20 Uhr Monatsversammlung im „Grünen Baum“.

Empfehlenswerte Spezial-Firmen

Jetzt ist es Zeit

Dieser Ruf hat das Organ der Zeitungsverleger an alle Interessenten Deutschlands gerichtet. Diefem Ruf schließt sich die sozialdemokratische Presse an.

Wie oft haben Geschäftsleute gesagt, daß sie „später“ inserieren wollen. Sie wollten die Zeit der Wahlen vorübergehen lassen, um zu sehen, welche Chancen und Möglichkeiten im wirtschaftlichen Kampf noch gegeben sind. Mag sein, daß die politische Beurkundung noch weiter anhält. Mag sein, daß noch immer keine Klarheit über die Zukunft vorhanden ist - aber es wäre ein großer Fehler, nun auch weiterhin „abzuwarten“. Die deutsche Geschäftswelt hat jetzt zweifellos die große Chance, sich in die Volkswirtschaft mit Erfolg einzufügen. Diese Chance gilt es zu nutzen! Jetzt gilt es.

zu inserieren!

Aber es kommt nicht nur darauf an, durch Werbung und Klame zum Einkauf zu bewegen, es kommt auch darauf an, sich wieder wie früher rechtzeitig einen Stamm von Kunden heranzubringen, der jederzeit die Vorzüge des Geschäftes, in dem er kauft, zu würdigen weiß. Das rechtzeitige Heranzubringen der Stammkundenschaft ist von besonderer Wichtigkeit. Denn auch hier gilt das alte deutsche Wort: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Wer also versteht, sich zuerst durch die Klame in unserer Zeitung die Kundenschaft heranzubringen, der wird auch zuerst und am besten die Geschäfte machen. Wer mit seiner Ware hält, was er in der Klame verspricht, wird sich die ersten Kunden zur dauernden Stammkundenschaft heranzubringen. Das ist von großer Wichtigkeit - jeder dauernde Stammkunde bildet für jedes Geschäft eine sichere Basis.

Niemand lasse sich von den nun kommenden politischen Entscheidungen und Entwicklungen abhalten, sich geschäftlich zu rühren und zu regen. Zu lange schon hat die deutsche Geschäftswelt auf die politischen Entscheidungen gewartet, zu lange schon hat sie sich von den Unsicherheitsfaktoren beeinflussen lassen. Jetzt ist es Zeit, diese Dinge kraftvoll beiseite zu schieben und mit neuem Optimismus, mit neuer Kraft an das Werk zu gehen!

Die sozialdemokratische Presse ist immer für eine organische Entwicklung einsetzend und es ist ganz natürlich, wenn sich die Geschäftswelt, die ebenfalls die organische Entwicklung braucht, ihrer bedient.

Der Werbepart der Zeitungsverleger darf nicht angeordnet werden. Er muß von allen Geschäftsinhabern, von allen Geschäftsteilern, von allen Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft gebildet werden. Wenn es gelinzt, diesem Ruf Gehör zu verschaffen, dann hat die deutsche Geschäftswelt einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Darum sagen wir: Jetzt ist es Zeit, zu inserieren!

hier zu werben!

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft

für Herren- und Damenstoffe
Wäsche- u. Haushaltungstoffe



Beamte

Angestellte und Arbeiter

alle Verbraucher schließen sich einem Konsumverein an und decken ihren ganzen Bedarf an Lebensmitteln nur in Waren mit dem Zeichen

G E G

Bezirkskonsumverein Baden-Baden e. G. m. b. H.

Bezirkskonsumverein Bretten e. G. m. b. H.

Konsumverein Br. Durlach und Umgegend e. G. m. b. H.

Drogerie Wilh. Tscherning

empfehle Drogen, Chemikalien, Farbwaren, Lebensmittel, Kaffee, Tee, Kakao usw.

5% Rabatt in Marken Amalienstraße 10

KüppersbuschHerde

Verkaufsstelle
PH. NAGEL Herde und Oefen
Kaiserstr. 55/56

Natürliche Mineralbrunnen

tes in u. Auslands zu Kurzwecken u. als tägliches Trankgetränk in allen Preislagen.
Bahm & Bassler
Karlsruhe in Baden, Zirkel 20, Telefon 200
Freiburg i. Br. Lagerhausstraße 19, Tel. 200

Pelze

kaufen Sie ganz entschieden außerhalb
-orteilhaft in Qualität und Verarbeitung zu billigsten Preisen bei

Küchnermeister
Otto Braun Kaiserstraße 10

TRINKT MEHR MILCH!

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. Dezember.

1875 Volkswirtschaftler Kobbertus. — 1882 Franz von Publia. — 1907 Statistiker Richard Bloch. — 1917 Finnland autonome Republik. — 1921 Irland wird Freistaat. — 1930 Reichstag beschäftigt Brünnings Rotordnung.

Die Suche nach dem Kind Ewald Springer

Wurde auch in den letzten Tagen durch die Polizei fortgesetzt. Ausgedehnte Streifen, die bis zur Abmündung mit entprechendem Gerät die Ab durchsuchten, blieben ohne Erfolg. Die Annahme gewinnt an Sicherheit, wonach die Leiche des Kindes noch vor dem Eintreffen der Polizei nach dem Rhein abgetrieben wurde.

Handlanger rüber gefaßt

Den weiteren Nachforschungen der Polizei ist es nunmehr gelungen, den Mann zu ermitteln, der in der letzten Woche Ecke der Post- und Hindenburgstraße einen Raubüberfall verübt hatte. Er hat die Tat gestanden. Der Befangenene kommt noch für weitere Straftaten in Frage.

Friedensfeier der religiösen Sozialisten

Die Mai- und Friedensfeiern der religiösen Sozialisten sind aus dem geistigen Leben unserer Stadt nicht mehr weg zu denken. Sie sind für viele Werkzeuge ein religiöses und humanistisches Erlebnis geworden, auf das sie nicht mehr verzichten möchten. So waren auch am letzten Sonntag die Feiern der Friedensfeier gestört und hatten die große Stadtkirche voll besetzt. Die Feiern gestaltete sich zu einer besonderen Rundgebung, weil ein französischer Pfarrer, Herr Desfrin, an dem Abend sprach.

Nachdem ein Präludium von Bach verklungen war, sang der Arbeitergesangsverein „Sängerbund Borussia“ unter Leitung von Herrn Kapellmeister Dr. Heinz Knödel in schillernder, ausdrucksvoller Weise das „Doppelchor“ von L. v. Beethoven. Genosse Pfarrer Kappes sprach Friedensworte aus der Bibel. Herr Pfarrer Veitling sang die Kantate und sprach über ein Wort aus dem Johannisevangelium: „Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch.“ Er führte etwa folgendes aus:

Die Menschheit sehnt sich nach einem gansen Frieden. Die Völker schreiben nach ihm — und die Kirche Christi steht allen Anstrengungen, den Frieden zu schaffen, fern. Gott will die Liebe zu allen Menschen. Von dieser Aufgabe waren die ersten Christen tief durchdrungen. Sie betrachteten die Welt mit dem Auge des Christus. Der Krieg aber ist der Verneiner des Christusgeistes, ist die Folge einer geistigen Verkümmung. Wir sind keine „Idealisten“. Wir kennen die Abgründe des menschlichen Herzens und schmämen nicht für eine oberflächliche Humanitätsdramatik. Aber wir fühlen uns aufgerufen von der großen absoluten Macht, sein Werk zu gestalten. Der Krieg ist keine Naturerscheinung, gegen welche man Sicherungen bauen kann. Der Friede muß im Gewissen der Menschen verankert werden. Allerdings ist das eine schwere Aufgabe und die Menschen, die daran arbeiten, gehen einen engen steilen Weg. Aber wer sein Christentum ernst nimmt, muß sie aufnehmen und an ihrer Lösung mitarbeiten.

Nach ihm sprach Genosse Pfarrer Kappes. Er wies hin auf die Einheit des Gewissens in allen Völkern. War es nicht unsere eigene Stimme, die wir eben hörten? Auch jenseits der Grenze wird der Krieg als eine furchtbare dämonische Macht empfunden. Auch dort schreiben die Völker nach ihm. Überall sind die Menschen, welche Verantwortung fühlen, voller Angst. Die Frage der Württemberg wird nicht gelöst, die Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich. Es müssen die Voraussetzungen für einen wahren Frieden zuerst geschaffen werden. Technische Konstrukturen allein können den Frieden nicht gestalten. Er muß im Gewissen der Menschen verankert werden.

Es war mehr als ein Symbol, als sich beide Geistlichen am Altar aufstellten und gemeinsam die Hymne des Friedens sprachen; das Vaterunser in deutscher und französischer Sprache, dieselben Gedanken, das gleiche Bitten. Dazu gesellte sich der Chor von Männern „Du ferne Land“, der dem Sehnen der Arbeiterklasse nach dem Friedensreich, Ausdruck gab. Es war der Höhepunkt der Feiern, Bekenntnis und Willens-Rundgebung zugleich. Die Orgel jubelt, von Meister Bogels Hand geleitet, eine Sonate von Mendelssohn, während die Teilnehmer, ergriffen von dem Gehörten, langsam die Kirche verlassen.

Die SA-Wetterhelden

Man ist es von den Nazis gewöhnt, daß sie jeden SA-Mann als Helden hinstellen, auch wenn er weiter noch nichts geleistet hat, als daß er mit der Hitleruniform seinen Körper ausbeutet und in dem Gelächter aller denkenden Menschen Wolfs-Maskerade zur Schau trug. Eine Glorifizierung der Wolfs-Streiter nimmt der „Führer“ in seiner Nummer vom letzten Samstag wiederum vor und zwar unter dem Titel „Kampfbund der Wehrkämpfer 109, 111 und 172 und der Technischen Abteilung“. Er faselt da etwas darüber zusammen, mit welcher Begeisterung trotz allen Sauwetters der SA-Mann sich zur Übung eingestellt hat und schreibt da wörtlich:

„Und überhaupt — was schadet schon das hübsche Saumetter! Wir sind doch schließlich keine „Eiserne Front“, die in ewigster Angst vor dem Rosten leben muß, oder kein Reichsbanner, dem der Karlsruhe nachschaut, das seine Revolutionen bei unangenehmer Witterung im Saale stattfinden. . . Nein, es sind schon andere Kerle, die in den Reihen der braunen Armee stehen.“

So, ihr Reichsbanner und Eiserne-Front-Männer, da bleibt einem doch die Spude weg. Ihr seid zu Hause, wenn es regnet, während die Wolfs-Kämpfer selbst beim Saumetter zu ihrer Übung eilen. Ja, das sind andere Kerle die SA-Helden sind, nicht der „Führer“ und was für Kerle die SA-Helden sind, gibt der „Führer“ in der selben Nummer — o Fronte des Schicksals! — bekannt, in der er die Wetterfestigkeit seiner Braumbenden rühmt. Unter der Rubrik „Am Schwarzen Brett“ findet sich folgende Notiz:

Der zivile Luftschutz

In der Bevölkerung Karlsruhes werden besonders böse Erinnerungen wach, wenn sie etwas von Luftangriffen und deren Abwehr hört. Denn kaum eine Stadt Deutschlands wurde während des Krieges derart von französischen und englischen Bombeneinheiten heimlich, wie gerade Karlsruhe. Furchtbare und schreckliche Tage hat damals die Einwohnerschaft erlebt und durchgemacht. Es wird daher wohl in all denen, die noch nicht alles vergessen haben, was in der Kriegszeit an Furchtbarem auf sie niederging, nur ein Gefühl des Schreckens und der Beängstigung wach werden, wenn sie erfahren, daß in Deutschland eine Organisation gebildet ist, die den Schutz der Zivilbevölkerung bei einem anderen Krieg gegen Luftangriffe zum Zweck hat. Soweit in Europa schon wieder, daß es, anstatt einmütig gegen den Krieg zu demonstrieren, es schon Vorbereitungen trifft, um sich vor den Auswirkungen und Gefahren eines künftigen Krieges zu schützen. Kein Zweifel, Deutschland ist bei seiner zentralen Lage den größten Gefahren, gerade was die Luftangriffe betrifft, ausgesetzt. Man kann es verstehen und begreifen, wenn sich eine Organisation gebildet wird, die versucht, die Folgen eines Luftangriffs auf ein Minimum zu reduzieren, Menschen und Sachen weitmöglichst zu schützen. Trotz alledem:

Die beste Abwehr eines Luftangriffs ist der unermüdlige Kampf gegen den Krieg selbst.

Wenn alle Völker einig sind in dem Verlangen nie wieder Krieg, dann ist kein Schutz gegen Fliegerangriffe mehr nötig.

Der Luftschutzrat beim Polizeipräsidenten Karlsruhe unter Vorsitz des Polizeipräsidenten Dauter trat gestern Montag erstmals zusammen. Bei der großen Bedeutung des zivilen Luftschutzes sind in ihm alle Kreise vertreten, die an der Bildung des Luftschutzes der Zivilbevölkerung beteiligt und interessiert sind; auch die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, fehlen nicht. Polizeipräsident Dauter begrüßte die erschienenen Vertreter und wies in einleitenden Worten auf den Zweck der Versammlung und das Wesen des einzustellenden Luftschutzes hin. Anschließend sprach Polizeimajor Krauß vom Polizeipräsidenten Karlsruhe über die Maßnahmen, die zur Bildung und Durchführung eines wirksamen Luftschutzes nötig sind. Der Redner führte aus:

Schutz seiner Bürger gegen alle Gefahren ist eine vornehmste Pflicht des Staates und hiermit auch der Polizei. Die Frage, ob eine Luftschutzorganisation hier überhaupt nötig ist, bedarf nicht, sofern die Möglichkeit für Luftangriffe besteht, werden muß. Es ist schon lange kein strategisches Geheimnis mehr, und kriegerische Vorfälle der letzten Zeit beweisen es, daß künftige Kriegsfälle eingeleitet werden können durch überfallartig einsetzende Kriegsbombardungen, ohne daß erst das Endergebnis diplomatischer Verhandlungen abgemerkt werden wird. Solche Angriffe werden in erster Linie mit den Luftwaffen durchgeführt werden. Sie sollen nicht nur militärisch wichtige Ziele treffen, sondern vor allem auch die Zivilbevölkerung in Angst und Not bringen. Diese Gefahr, daß Luftangriffe bei außenpolitischer angespannter Lage überfallen werden können, haben alle europäischen Staaten lange erkannt. Wir sind deshalb überall bei ihnen bis ins Heftigste vorbereitete Luftschutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung für Deutschland sind die Voraussetzungen für die Notwendigkeit derartiger Schutzes die gleichen, die Gefährdung aber weit größer. Denn Deutschland ist einseitig von Staaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, hat aber selbst für aktive Luftabwehr so gut wie keine Mittel.

Ein voll wirksamer Schutz ist nicht möglich.

Das zeigt schon die Wirkung der Luftkämpfmittel. Da sind Sprengbomben bis zu 1800 Kilogramm Gewicht, die bei Volltreffern ganze Häuserblöcke bis auf die Grundmauern zertrümmern. Daneben Brandbomben aus Elektrofen, die mit Termit gefüllt sind und beim Löschen Wärmegrade von 2000 bis 3000 Grad Celsius erhalten, wobei die Elektrofen bis zu flüssigem Eisen schmelzen. In der Hauptsache werden diese Bomben mit einem Gewicht von nur 1 bis 2 Kilogramm hergestellt, so daß ein Massenabwurf aus den Bombenflugzeugen, die 2000 bis 4000 Kilogramm Treibstoff schleppen, leicht möglich ist. Schließlich sind noch zu erwähnen die Gasbomben. Ihr Inhalt wirkt nicht nur wie andere Kampfmittel auf die Lunge, sondern auch auf die Haut, durchdringt die Kleidung und Schuße; keine Rückstände an diesen können leicht verdrängt werden, ohne daß die Wirkung dabei abgeschwächt wird.

P. S. T. Der Standarte 109 Karlsruhe

„Nächste Übung Samstag, 3. 12. 32, SA-Platz 3 Uhr nachmittags. (Bei Regenwetter im Hoepfnerkeller.“

So, jetzt wißt ihrs, was für Kerle die SA-Helden sind. Bei Regenwetter gehen sie nämlich in den Hoepfnerkeller. So steht unter der Rubrik „Am Schwarzen Brett“, während unter der eingangs erwähnten Rubrik wieder einmal Sprüche gefloßt und die braunen „Kerle“ als weiterleiste Helden hinstellt werden. Es geht eben nichts über den Nazi-Schwindel!

Deutsche Kultur?

Man schreibt uns:

Im nationalsozialistischen „Führer“ wird auf ein „Konzert des Kampfbundes für deutsche Kultur“ hingewiesen, wobei als Leiter dieses „Karlsruher Kammerorchesters“ Erwin Kajakowski genannt wird. Wir überlassen es den Nationalsozialisten, sich ihre eigenen Bearbeiter über deutsche Kultur zu machen. Eines müssen wir jedoch dazu sagen, Herkunft nach mehr an jene Gegenden, die von den deutschstämmigen Völkern als „östlich“ unter Acht und Bann getan werden. Die Nationalsozialisten würden daher besser daran tun, sich mit ihrer besonderen Art von deutscher Kultur nicht allzusehr und allzuoft vor der Öffentlichkeit zu blamieren.

(.) Winterportausstellung im Landesgewerbeamt. Die während des ganzen November gezeigte Winterportausstellung des Badischen Landesgewerbeamts hat sich durch einen Besuch von über 25 000 Personen als eine sowohl von Dandel und Gewerbe wie auch von der Allgemeinheit sehr begrüßte Veranstaltung erwiesen, die sowohl für den Winterport eine sehr wertvolle Wirkung haben als auch für die beteiligten Aussteller von gewissem wirtschaftlichem

Als Luftschutz für die Gesamtbevölkerung

kann nur angestrebt werden, die Wirkung von Bombenangriffen abzufschwächen dadurch, daß einmal die Zielgenauigkeit der Bomben durch Verdunkelung, Tarnung, aufgelockerte Baumreihe und dergleichen verringert wird und daß andererseits die Bombenwirkung selbst durch besondere Maßnahmen abgeschwächt wird, die keine Katastrophen und Wunden aufkommen lassen. Dies Ziel ist nicht gering zu bewerten. Wir haben hier die traurige Erinnerung an die Bombenangriffe des letzten Krieges. Auch für Erfolg verringert sich spürbar mit zunehmender Größe und Wirkung der im Laufe der Kriegsjahre auch im Heimatgebiet eingegriffenen Luftabwehr. Trotzdem wir aber beim Verleichen mit jenen Vorbildern nicht, daß heute die Angriffsmittel bedeutend mächtiger und gefährlicher sind, die Verteidigungsmittel dagegen bei uns ganz fehlen.

Um die Ziele eines Luftschutzes für die Bevölkerung zu erreichen, sind besondere Maßnahmen zu treffen, die größtenteils von langer Hand vorbereitet werden müssen, sollen sie bei eintretenden Luftgefahren rechtzeitig wirksam werden. Hierzu gehören zunächst Maßnahmen, die auf baulichem Gebiet liegen. Es handelt sich im wesentlichen um die Berücksichtigung des Luftschutzes bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, bei der Anlage von Industrie- und Kraftwerken, von Verkehrsrichtungen und dergleichen bis zur Bauehaltung des einzelnen Hauses, insbesondere des Geschäfts- und Bürobaues; schließlich um Verdunkelungs- und Verbelungsmaßnahmen besonderer Artgriffen.

Wie der aktive Luftschutz hilft sich hierfür auch der stille Luftschutz auf einen weitaus genau arbeitenden

Flugmeldedienst

und den ihm angeschlossenen Luftschutzwardienst. Von langer Hand vorbereiten sind ferner gas- und splitterichere Zufluchtsräume, in denen die Bevölkerung Schutz suchen kann, wenn Fliegeralarm die Annäherung feindlicher Bomberflieger ankündigt. Es wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß in allen Häusern ein

Selbstschutz

gegen die Wirkung von Brandbomben eingerichtet wird. Hierbei ist davon auszugehen, daß bei Fliegerangriffen so zahlreiche Brandherde entstehen können, daß es selbst bei der nötigen Verstärkung der Feuerwehre nicht möglich bleibt, an allen Brandstellen gleichzeitig tätig zu werden. Deshalb müssen sich die Bewohner eines Hauses selbstständig und unter Führung eines besonders tauglichen unter ihnen, nämlich des Luftschutzwartes, eine Hausfeuerwehre gründen. Dabei ist anzustreben, daß im Laufe der Zeit für die Mitglieder dieser Volksgemeinschaften Gasmasken zur Verfügung stehen, wie dies im übrigen auch für alle anderen Helfer nötig ist, die beim Luftschutz in irgendwelcher Weise aktiv mitzuhelfen haben werden.

Neben diesen Volksgemeinschaften ist der Hauptträger des zivilen Luftschutzes der Sicherheits- und Hilfsdienst. Wird der Luftschutz dann bei drohender Luftgefahr aufgerufen, so verteilen sich die Helfer des Sicherheits- und Hilfsdienstes auf die Luftschutzreviere und Abzweige, in die das Stadtgebiet in Anlehnung an die Organisation der Polizei eingeteilt sein wird. Wir haben dann in jedem Luftschutzrevier die Einsatzkräfte bereitzustellen. Mehrere Reviere zusammen bilden den Luftschutzbezirk. Die Leitung am Ort liegt in Händen der örtlichen Polizeibehörde, zu der die Vorsitzende und Führer der genannten Hilfsorganisationen treten.

Dieser Sicherheits- und Hilfsdienst, mag er noch so gut durchgeleitet sein, wird jedoch bei Eintritt der Luftgefahr nicht seinen Zweck erfüllen können, wenn es der Presse und den Schulen nicht gelingt, in Verbindung mit denjenigen Verbänden, die den Luftschutzesgedanken fördern wollen, die Bevölkerung zu richtigem Verhalten bei Luftangriffen und zu reger Anteilnahme und Mitbeteiligung beim Luftschutzdienst zu erziehen. — Möge es gelingen, mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung auch für die Karlsruher Bevölkerung einen wirksamen Schutz gegen Luftgefahren einzurichten, der hoffentlich nie in Wirklichkeit treten muß, der aber, wenn dies doch einmal nötig werden sollte, seinen guten Zweck voll erfüllen möge.

Die Ausführungen von Herrn Polizeimajor Krauß wurden mit großem Interesse aufgenommen. Polizeipräsident Dauter erklärte die Bildung des Luftschutzbezirks für vollzogen, er leitete auch dem Kreis der Geladenen zusammen. Mit dem Erlauchen um tatkräftige Mitarbeit und dem Hinweis auf baldige Einberufung des Arbeitsausschusses und einiger für besondere Aufgaben bestimmter Sonderauschüsse schloß Polizeipräsident Dauter die Sitzung.

Vorteil sein wird. Die acht verschiedenen belehrenden Vorträge und Filmvorführungen waren von insgesamt 1200 Personen besucht. Es besteht nach den gemachten Erfahrungen die Absicht, auch für Wasserport und Wandern in absehbarer Zeit eine Ausstellung zu veranstalten und die wintertlichen wie sommerlichen sportlichen Ausstellungsveranstaltungen regelmäßig wiederholen zu lassen, um die Allgemeinheit über alle Fortschritte auf den genannten Gebieten mit dem Neuesten bekannt zu machen und den Ausstellern zur Belebung ihres Umfaches mit beitragen helfen zu können.



Schule, 1. Kameradschaft. Donnerstag abend 8 Uhr Siedenschule. Neue Übung.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

- K. B. 4
- Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, Auftreten im Total. Alles hat zu erscheinen.
- B. B. 6
- Seite Dienstag 8 Uhr vollständiges Auftreten im Klubhaus.
- B. B. 8
- Seite Dienstag, 6. Dezember, findet keine Übung statt.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

